

Stellungnahme zu Top 4 (4.1 – 4.9) der Gemeinderatsitzung vom 17.11.2021

Satzungsangelegenheiten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

Vorweihnachtszeit, die Zeit in der man sich Gedanken macht, was will man seinen Lieben dieses Jahr Weihnachten schenken und auf den Gabentisch legen. Eine Zeit der Vorfreude und der zu erwartenden Freude. Doch wenn man darüber nachdenkt, was wir, was dieser Gemeinderat, den Schwetzinger und somit als Schwetzinger Bürger auch uns selbst, zu Weihnachten auf den Gabentisch legen wird, kann man schon mehr als Bauchweh bekommen und würde am liebsten die Finger davon lassen. Und das betrifft nicht nur uns Freie Wähler, sondern letztlich jede Fraktion hier am Ratstisch. Wäre doch einfach, wir stimmen nicht zu und sind fein raus, der Schwarze Peter liegt bei der Verwaltung und gut. Aber das wird dem Gemeinderat nicht gerecht. Vor allem nicht den Bemühungen um einen genehmigungsfähigen Haushalt. Das ist unser aller Aufgabe. Die Verwaltung hat einen Entwurf vorgelegt, und dessen Realisierung wird unsere Aufgabe bleiben. Trotz aller Bemühungen werden wir im Ergebnis ein deutliches Minus von gut 4 Millionen aufweisen. Da dies aber ausschließlich der Doppik und den nicht zu erwirtschaftenden Abschreibungen geschuldet ist, wird dies bei der Prüfung unbeachtlich bleiben und wir haben einen genehmigungsfähigen Haushalt, unser aller Ziel. Grundsätzlich liegt der zu beschließende Haushalt auf dem Niveau von 2019. Da jedoch 2021 auch coronabedingt deutlich mehr Ausgaben den Einnahmen gegenüberstehen und die Gemeindeordnung klar festlegt, dass Einnahmen und Ausgaben ausgewogen sein müssen, gilt es eine Haushaltslücke von gut 2 Millionen Euro zu decken. Mit der Kürzung freiwilliger Ausgaben, z.B. Schließung des Bellamar, Ende der Vereinsförderung und dergleichen, was nicht gewollt ist, würde auch nicht annähernd der gewünschte Effekt erzielt werden. So, bleibt diesem Gemeinderat letztlich nichts anderes, als das, worüber wir heute beschließen werden: nämlich Gebühren- und Steuererhöhungen. Es gilt eine Lücke von 2 Millionen Euro zu schließen und so muss es ans Eingemachte gehen und alles auf den Prüfstand. Der Gemeinderat hat nahezu 10 Jahre keine Gebühren und Abgaben erhöht, jetzt muss im Sinne einer Haushaltserlichkeit Schluss damit sein, sonst kann Schwetzingen seine Aufgaben nicht mehr erfüllen. Wir haben zwar einen Zahlungsmittelbestand von gut 19 Millionen Euro, der für kommende Investitionen erhalten muss und wird, aber Haushaltslücken können, ja dürfen wir damit nicht schließen. Die Verwaltung hat uns im Rahmen der Vorberatungen eine Horrorliste an möglichen Steuer- und Gebührenerhöhungen vorgelegt, die ich erst mal vor Schreck weit weg gelegt habe. Hier ging es nicht nur um die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer, Erhöhung der Kindergartengebühren,

der Parkgebühren, die Gebühren für außerschulische Betreuung, die Anpassung der Hundesteuer, die Einführung einer Wettbürosteuer und die Erhöhung der Vergnügungssteuer und nicht zuletzt die Änderung der Friedhofsgebühren. Hinzu kommen noch weitere Satzungsänderungen für öffentliche Leistungen hinter denen auch nichts anderes steckt, als Gebührenerhöhungen. Nachdem sich das Erschrecken gelegt hat, haben wir uns innerfraktionell daran gemacht, diese Horrorliste auseinanderzunehmen und zu Beraten um zu vermeiden was nicht zu vermeiden war und ist. Andere Fraktionen taten dem gleich und so kam es in einer vorbratenden Ausschusssitzung tatsächlich zu einem hart erarbeiteten Kompromiss, der in fast allen Punkten tragfähig für alle Fraktionen und Parteien hier im Rat war und auch heute noch ist. Es kam zu Änderungen, d.h. Senkungen der Verwaltungsvorschläge in besonders sensiblen Bereichen und auch zu Erhöhungen entgegen den Vorschlägen. So wird die Grundsteuererhöhung deutlich geringer ausfallen als geplant, dafür aber z.B. die Vergnügungssteuer deutlich erhöht. Die Kindergartengebührenerhöhung fällt nun deutlich geringer aus als vorgeschlagen, die Gewerbesteuer wird etwas mehr erhöht, als in der Vorlage beschrieben. So hat sich dieser Rat gemeinsam Stück für Stück der Verwaltungsvorlage vorgenommen und im Einvernehmen mit der Verwaltung, Vorschläge der Parteien diskutiert, berechnet und akzeptiert. Dafür an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich dem Kompromiss nicht verwehren und an die Verwaltung. Es wurde ein Kompromiss gefunden, den man mit etwas weniger Bauchweh als anfänglich zustimmen kann, ja auch muss, es gilt unsere Stadt handlungsfähig zu halten und einen genehmigungsfähigen Haushalt auf die Beine zu stellen. Es gibt dazu keine Alternative. Leider gibt es im Sinne politischer Großwetterlagen parteipolitisch bedingte Verweigerungen in dem ein oder anderen Punkt. So z.B. Kindergartengebühren und Gewerbesteuererhöhung. Die sind unseres Erachtens jedoch wenig zielführend i.S. des Haushalts der Stadt. Sie kommen natürlich in der Öffentlichkeit gut an. Auch wir Schwetzinger Freie Wähler wollen und wollten möglichst kostenfreie Kindergärten, aber wir stellen auch die Frage, wer bezahlt das und wie? Vom Land oder gar Bund wird nichts kommen und kam bisher auch nichts., außer natürlich warmer Worte und unrealistischer Forderungen und Beschlüsse. Eine Verweigerung bei den Kindergartengebühren wird nicht dazu führen, dass ein Geldregen des Landes über uns ausgeschüttet wird. Uns ist klar, dass damit letztlich auch der OB fein raus ist, er kann sich auf die Position zurückziehen, das hat ja der Gemeinderat beschlossen und er vollzieht ja nur diesen Beschluss, so er denn kommt. Somit ist der anfänglich beschriebene Schwarze Peter wieder bei uns, dem Gemeinderat. Stellen wir uns dieser Verantwortung, ducken wir uns nicht weg. Es ist, wie schon gesagt, alternativlos. Die Fraktion der Schwetzinger Freien Wähler stimmt den nun vorliegenden Satzungsbeschlüssen geschlossen zu.

Carsten Petzold

Schwetzingen, 17.11.2021